

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und für Nummern die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlich für den Inhalt
des Anzeigers: Dr. Hjalmar Schacht
Verleger: Dr. Hjalmar Schacht
Druckerei: Dr. Hjalmar Schacht
Jahresabonnement: 12 Mark
Einzelhefte: 20 Pfennige

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1940

Nr. 284

Sonnabend, den 7. Dezember 1929

24. Jahrgang

Memorandum des Reichsbankpräsidenten zum Young-Plan

Gegen die Verwirklichung des Youngplans

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den zuständigen Stellen ein Memorandum zum Young-Plan überreicht, in dem er betont, daß es ihm unmöglich sei, weiter zuzusehen, wie die Absichten des Young-Plans verschoben und seine Erfolgsaussichten gefährdet werden. Das, was inzwischen geschehen sei oder angestrebt zu werden scheine, erfülle ihn mit der allergrößten Besorgnis.

Der Umstand, daß die deutschen Sachverständigen die Tragbarkeit der Young-Ziffern nicht anerkannt haben, legen auf das klarste die Größe der Verantwortung dar, die die Gläubigersachverständigen auf sich genommen haben, indem sie die Ziffern für tragbar erklärten. Wenn in den Verhandlungen mit den ausländischen Regierungen über die Inkraftsetzung des Young-Plans nunmehr von Deutschland über den Young-Plan hinaus weitere große Opfer verlangt werden, so sei von vornherein klar, daß die Tragbarkeit der Ziffern des Young-Plans noch viel mehr in Frage gestellt und die Verantwortung der Gläubigersachverständigen von den ausländischen Regierungen noch stärker belastet werde. Damit, daß jetzt nahezu jede einzelne Gläubigerregierung versuche, über den Young-Plan hinaus weitere finanzielle und wirtschaftliche Leistungen aus Deutschland herauszupressen, verstoßen die ausländischen Regierungen gegen die ihnen ausdrücklich im Young-Plan zur Pflicht gemachte Zusammenarbeit. Die finanzielle Entlastung werde durch die zusätzliche Belastung, die man Deutschland außerhalb des Planes zumute, illusorisch gemacht. Es liege keinerlei Veranlassung vor, ohne gleichwertige Gegenleistung freiwillig in irgend einem Punkte auf die Geltendmachung der Klause zu verzichten, daß Deutschland frühere Verpflichtungen durch den Young-Plan ersetzt werden sollen, oder Zahlungen zu leisten oder Verzichte auszusprechen. Wenn Deutschland sich bereit erkläre, einseitige Empfehlungen der Gläubigersachverständigen zu befolgen, so müsse dagegen verlangt werden, daß die Empfehlungen der deutschen Sachverständigen ebenfalls befolgt oder andere Gegenleistungen geboten werden.

In Teil 2 des Memorandums wird ausgeführt, welche neuen finanziellen Summungen an Deutschland gestellt worden sind; u. a. solle Deutschland auf den Ueberschuß von 400 Millionen RM verzichten, der sich aus der Ueberschneidung von Dawid-Plan und Young-Plan ergibt. Deutschland solle gerade in den ersten Jahren des Young-Plans, deren Erfolge für das Gelingen des Ganzen von entscheidender Bedeutung ist, eine Erhöhung der ungefähren Annuitäten vornehmen. Deutschland solle auf rund 300 Millionen RM aus dem liquidierten deutschen Eigentum verzichten. Deutschland solle laut deutsch-polnischem Vertragsentwurf auf außerordentlich hohe Eigentumsansprüche gegen Polen verzichten. Alle diese Verpflichtungen, die zusammen in die Milliarden gingen, sollten ohne irgendeine nennenswerte Gegenleistung erfolgen.

In Teil 3 beantwortet Dr. Schacht die Frage, ob eine Verpflichtung aus dem Young-Plan für uns abgeleitet werden könne, solche Zahlungen und Verzichte vorzunehmen, mit dem Hinweis auf Ziffer 141 des Young-Plans, dessen einleitender Satz besage, daß jeder deutschen Konzession eine Konzession von der anderen Seite gegenüberstehen müsse. Aus der Empfehlung der Schlichtung der Konten zwischen der Reparationskommission und Deutschland ergebe sich, daß Deutschland alle bis dahin noch nicht auf Reparationskonto gutgeschriebenen Eigentumsansprüche zustehen. Die deutschen Sachverständigen, die schon die Ziffern des Young-Plans nicht für tragbar gehalten haben, waren erst recht nicht gewillt, Verzichte auf deutsche Ansprüche zuzugestehen. Wenn die deutsche Regierung trotzdem jetzt auf solche Ansprüche verzichten sollte, so gehe sie damit über den klar erkennbaren Willen der deutschen Sachverständigen hinaus und übernehme eine Verantwortung, die ihre Sachverständigen ausdrücklich abgelehnt haben. Es sei auch nicht die leiseste Begründung im Young-Plan enthalten, Verzichte und Zahlungen ohne gleichwertige Gegenleistungen zuzulassen.

In Teil 4 des Memorandums führt Dr. Schacht u. a. aus, daß eine weitere unerlässliche Voraussetzung für die deutschen Sachverständigen in Paris die Einlösbarkeit der Reichsregierung war, im finanziellen

Gebaren von Reich, Ländern und Gemeinden eine dauernde Ordnung zu schaffen und die Tragung der schweren Lasten des Young-Plans durch eine innerwirtschaftliche Erleichterung der deutschen Produktion zu ermöglichen. In beider Hinsicht sei seit der Unterzeichnung des Young-Plans nicht das Geringste geschehen. Das materielle Gleichgewicht des Haushalts sei nicht hergestellt worden. Es sei schon heute mit Sicherheit zu übersehen, daß die Einsparung aus dem Young-Plan nicht nur nicht zu einer Lastenverminderung führen, sondern nicht einmal zur Deckung der jetzt bereits übersehbaren Fehlbeträge ausreichen werde.

Ueber die Einsparung des Young-Plans sei längst verfügt, und die deutsche Wirtschaft stehe nicht vor einer Lastenfrenkung, sondern vor einer Lastenerhöhung.

In Teil 5 bezeichnet Dr. Schacht die Situation, vor der er sich als deutscher Mitunterzeichner des Young-Plans befinde, folgendermaßen: Der Young-Plan ist getragen von dem ganzen sittlichen Ernst und dem Verantwortungsgesühl seiner Verfasser nicht nur gegenüber ihren eigenen Vätern, sondern gegenüber der ganzen zivilisierten Welt. Es muß verlangt werden, daß die Regierungen nicht durch Herabsetzung einseitiger Interessen dieses Friedenswerk gefährden. Ich für meinen Teil muß es auf das Bestimmteste ablehnen, für die Inkraftsetzung des Young-Plans verantwortlich gemacht zu werden, wenn seine Absichten und Voraussetzungen in einer Weise mißachtet werden, wie es nach den derzeitigen Maßnahmen und Forderungen der Fall zu sein scheint.

Das deutsche Volk muß erwarten, daß die ausländischen Regierungen endgültig ihre Versuche aufgeben, über den Young-Plan hinaus Sonderleistungen und Sonderverzichte aus der deutschen Wirtschaft herauszupressen. Sie müssen wissen, daß sie durch eine derartige falsche Politik die Verantwortung dafür auf sich laden, wenn der Young-Plan von vornherein mit schweren Störungen zu rechnen hat, und die Mobilmachung der Annuitäten gefährdet wird.

Von der deutschen Regierung aber muß verlangt werden, daß sie keinerlei zusätzliche Leistungen bewilligt. Es muß ferner verlangt werden, daß sie, bevor der Young-Plan von ihr endgültig angenommen wird, Ordnung in den Haushalten von Reich, Ländern und Gemeinden bringt und die Zurückführung der Belastung des deutschen Volkes auf ein Maß vorsetzt, das mit der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vereinbar ist.

Gerade diejenigen, die mit mir der Meinung sind, daß der Young-Plan ein endgültiges Friedensinstrument ist, ein Plan, der die internationale Zusammenarbeit und das Gedeihen der deutschen Wirtschaft voraussetzt und ohne diese beiden Voraussetzungen nicht durchführbar ist, müssen verlangen, daß alles getan wird, um diese Voraussetzungen zu erfüllen.

Ich habe mit allem Nachdruck die Agitation gegen den Young-Plan bekämpft, ich halte das eingeleitete Volksbegehren, das dieser Agitation dient, für einen schweren Fehler, weil es eine sinn- und kraftvolle Verteidigung unserer Interessen unter dem Young-Plan untergräbt. Über gerade weil ich mich für die Annahme des Young-Plans einsetze, wünsche ich nicht teilzuhaben an seiner Verwirklichung. Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Young-Zahlungen hinaus noch weitere beliebige Millionen oder Milliarden zahlen oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftsbelastung die Young-Zahlungen und womöglich noch zusätzliche Beträge auszubringen in der Lage ist.

Ich will und werde nicht dazu beitragen, daß eine solche Täuschung Platz greift.

(ges.) Dr. Hjalmar Schacht

Die Krise bei den Deutschnationalen

Die Parteikrise der Deutschnationalen Volkspartei nimmt ihren normalen Fortgang. Wohl sind in den letzten zwölf Stunden keine neuen Austritte aus der Reichstagsfraktion erfolgt, doch ist mit weiteren zu rechnen. Der frühere Reichsverkehrsminister Koch hat als Vorsitzender des Rheinischen Landesverbandes seine Vertrauensleute auf den nächsten Sonntag einberufen. Von ihrer Stellungnahme dürfte seine Entscheidung nicht unwesentlich beeinflusst werden. Inzwischen ist bereits der zweite Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Fromme-Eiberfeld aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Die Austritte mehren sich. Schon hat der Kampf in die Landesverbände übergegriffen. Der von dem früheren Reichstagsabgeordneten Rippel geführte Landesverband Westfalen-Süd ist bereits auf die Seite der ausgeschiedenen Christlich-Sozialen übergetreten. Hugenbergs „Vokalanzeiger“ kündigt an, daß es in diesem Landesverband „unzweifelhaft sehr scharfe Kämpfe“ geben wird. Man kann schon sagen, daß der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt ist.

Wie wir aus den Kreisen des Stahlhelms erfahren, hat der Kampf auch bereits auf den Stahlhelm übergegriffen. Die Darmstädter Rede des ersten Bundesführers Franz Selbte, die das Forttreiben der Hugenbergaktion ankündigt, den „Angriff ohne Pause“, muß auch im Stahlhelm zu einer Scheidung führen. Auch hier geht der Kampf, genau wie in der Deutschnationalen Volkspartei, um den tiefgehenden Unterschied der Auffassung über die sachlichen Notwendigkeiten.

Begreiflicherweise hat der Kampf in der Deutschnationalen Volkspartei jetzt schon die deutsche nationale Presse beeinflusst. Als führende Blätter der deutschnationalen Opposition können die „Berliner Börsenzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ angesehen werden. Die „Berliner Börsenzeitung“ rechnet in ihrer Nummer 565 mit dem Hugenberg-Kurs also ab: „Wir sind, als Beobachter der Vorgänge im parlamentarischen Leben, der Meinung, daß es nicht gut für die Deutschnationale Volkspartei ist, wenn sie gegen heute, die im eigenen Lager eigene Ansichten äußern, mit Mitteln vorgeht, die bisher unseres Wissens nur in der kommunistischen Partei gehandhabt wurden. Wir weisen auch darauf hin, daß es auffallend ist, wenn Männer, die den Mut haben, eine eigene, wenn auch nicht amtliche Meinung zu äußern, ungefähr so behandelt werden, wie die Parteien mit parlamentarischen Skandalen-Schleibern umzugehen pflegen.“ Am Donnerstag morgen bringt die gleiche Zeitung einen Leitartikel des Hg. Schlangenschnungen „Der überschrittene Rubikon“, der mit dem Satz schließt: „Der größte Ultrismus, den man für die kommenden Stunden der Gefahr befürchten kann, ist der Wille zur Zusammenfassung aller Kräfte des Bürgertums und der nationalen Arbeiterschaft aber allzu enge Parteigränzen hinweg, damit Deutschland nicht im Strudel eines zweiten 9. November endgültig versinkt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt offen zu, daß es sich jetzt nicht mehr um eine Krise lediglich innerhalb der Fraktion handelt, des immerhin wichtigsten politischen Organs, es handelt sich um eine Krise der Partei selber. Das agrarische Blatt bedauert den Rücktritt des Grafen Westarp vom landwirtschaftlichen Standpunkt überaus. Wenn es nicht gelungen ist, die Partei zusammenzuhalten, so liegt der Grund dafür in erheblichem Maße in der Unnachgiebigkeit des Parteiführers, „der aus einer Ueberspannung des Disziplinbegriffes heraus die Lage bis zur Unlösbarkeit komplizierte.“ Der frühere Reichsernährungsminister Schiele, der der „Deutschen Tageszeitung“ nahesteht, sympathisiert offen mit der Opposition, hat sich seine endgültige Entscheidung aber noch vorbehalten, da er offenbar der Meinung ist, daß die bevorstehende politische Niederlage Hugenbergs beim Volksentscheid zu einem baldigen Rücktritt des Deutschnationalen Parteivorsitzenden führen wird. Mit seiner endgültigen Stellungnahme ist daher erst nach dem 22. Dezember zu rechnen. Das gleiche gilt von mehreren anderen Mitgliedern der Deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Graf Westarp und Reichslandvolkswirtschaftlicher Schiele werden, wie die „Kreuzzeitung“ vom Freitag, dem 6. Dezember, versichert, ihre politischen Sinnen weiter verfolgen, wenn auch unter veränderten, „aber noch immer nicht endgültig geklärten Verhältnissen“. Das geht eindeutig aus der Erklärung des Grafen Westarp hervor, die besagt, „daß unter diesen Umständen ihm in der Fraktion die Führung eines Volk-